

Kreistag beschließt Resolution an den Landtag und die Landesregierung:

Schülerbeförderungskosten für Eltern zu hoch!

Der Kreistag hat mit den Stimmen aller Fraktionen den hessischen Landtag und die Landesregierung aufgefordert, dass allen Zehntklässler die Schülerbeförderungskosten erstattet werden.

Hintergrund des CWE Antrages ist, dass mit der Einführung der verkürzten Gymnasialzeit die G8-Schüler/innen in ländlichen Gebieten nach dem 9. Schuljahr von ihrer ortsnahen Schule auf ein Gymnasium mit Oberstufe (nach Fulda oder Hünfeld) wechseln müssen. In diesen Fällen müssen die Eltern die Fahrtkosten für den Besuch des 10. Schuljahres selbst bezahlen, obwohl diese Jugendlichen nach dem 9. Schuljahr nicht einmal den mittleren Bildungsabschluss anerkannt bekommen.

Wortbeitrag der Linken.Offenen Liste (gekürzte Fassung):

Allen Schüler/innen die Kosten erstatten!

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren, die LINKE.Offene Liste unterstützt die Initiative der CWE Fraktion und wird der Resolution zustimmen.

Dennoch möchte ich nochmals klarstellen, dass wir grundsätzlich für die Übernahme der Schülerbeförderungskosten für alle Schüler fordern. Eine Initiative hierzu haben wir bereits im Jahr 2009 eingebracht. Nach dem hessischen Schulgesetz §

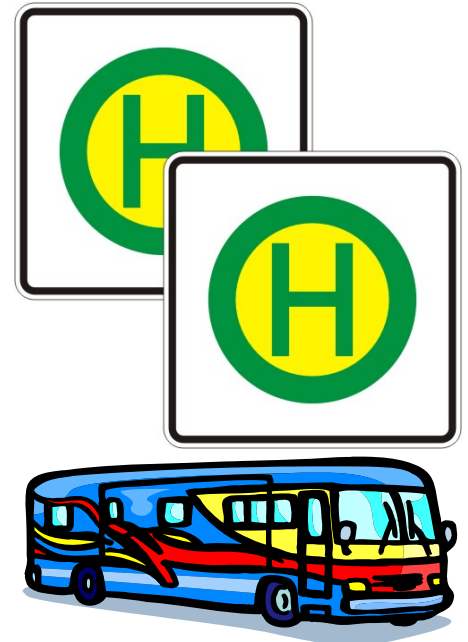
161 sind Träger der Schülerbeförderung die Gemeinden, die Schulträger sind, die kreisfreien Städte und die Landkreise für die in ihrem Gebiet wohnenden Schülerinnen und Schüler der allgemein bildenden Schulen der Grundstufe (Primarstufe) und der Mittelstufe (Sekundarstufe I) und für die Schülerinnen und Schüler, die die Grundstufe der Berufsschule, das erste Jahr der besonderen Bildungsgänge an der Berufsschule oder einer Berufsfachschule besuchen, durch deren Besuch die Vollzeitschulpflicht erfüllt werden kann.

Der Landkreis Fulda hat in seiner aktuellen Ausgabe Kreis/Leben 4 Seiten dem demografischen Wandel gewidmet, sogar im Titel wird dieser dargestellt.

Immer wieder wird die Problematik der sinkenden Bevölkerung dargestellt. Deren Ursachen werden allerdings kaum beleuchtet. Es ist doch die Frage zu stellen warum werden denn so wenige Kinder geboren. Stellen sie sich einmal vor: Sie verdienen 1200,- Euro im Monat und sollen für 2 Kinder Schülerfahrkarten im Wert von 900,- Euro kaufen. Diese Kosten sind für viele Bürger eine erhebliche finanzielle Belastung.

Auch frage ich mich mit welcher Begründung man die Übernahme der Schülerbeförderungskosten auf die Mittelstufe beschränkt. Wer Bildung als Zukunft betrachtet kann bei der Übernahme der Kosten nicht bei der Mittelstufe halt machen.

Zusammengefasst, die LINKE.Offene Liste stimmt der Resolution zu, würde es aber begrüßen wenn alle Fraktion sich weitergehenden Initiativen anschließen könnten.



Aus dem Inhalt:

**Seite 2:
Energiewende :
CDU und FDP bremsen!**

**Seite 3:
Dezentrale Energie spart
kosten!**

EEG –Umlage

So setzt sich der Strompreis zusammen

**Seite 4
Resolution gegen Rechtsradikalendemo in Hünfeld**

Kreis bremst barrierefreien Ausbau der Schulen

Impressum

Energiewende: CDU und FDP bremsen!

Energiewende zu Lasten der Bürger!

Statt die Energiewende voran zu treiben bremsen auch hiesige CDU und FDP Politiker den zügigen Ausbau erneuerbarer Energien im Landkreis.

In der Region geht es mit der Windkraft nur langsam voran, auch Bürgerbeteiligungsmodelle werden kaum unterstützt. Während sich viele Bürger und Bürgerinne in Energiegenossenschaften engagieren (teilweise von den Gemeinden unterstützt), bremsen Bundes-, Landes- und Kreispolitiker von CDU und FDP den Ausbau der erneuerbaren Energien. Zusätzlich verteuern sie die Energiewende mit Geschenken an die Großindustrie.

Zur aktuellen Diskussion schreibt der Solarenergie-Förderverein Deutschland e.V (Auszüge:)

„Alle Klimakonferenzen sind ergebnislos geblieben. Die Tatsache, dass von Jahr zu Jahr schlimmere Wetterextreme größere Schäden anrichten, und die Erkenntnis, dass die Klimaverschlechterungen über Jahrhunderte hinweg nicht mehr rückgängig gemacht werden können, interessiert anscheinend nicht.

Die **Energiewirtschaft** und die von ihr beratenen Politiker verhalten sich so, als hätten wir noch alle Zeit der Welt, auch die letzten fossilen Ressourcen zu suchen, zu fördern und zu verbrennen bevor wir irgendwann mit Solar- und Windenergie Ernst machen. Die in den vergangenen Jahren mit dem Geld der Stromverbraucher aufgebauten Hersteller- und Installationsbetriebe haben unter Beweis gestellt, wie schnell die Energiewende



wirklich umgesetzt werden kann. Ein großer Teil wird aber nun mit den rigiden Kürzungen im EEG (Erneuerbare Energien Gesetz) in die Insolvenz getrieben; die gesammelten Erfahrungen und die Investitionen in Produktionsanlagen, Montagefahrzeuge und -werkzeuge gehen dabei verloren.

Wie die von der Energiewirtschaft beratene **Bundesregierung** der Öffentlichkeit diese verantwortungslosen Entscheidungen plausibel zu machen versucht, ist an Verlogenheit kaum noch zu überbieten. Man redet der Bevölkerung ein, es müssten Tausende von Kilometern Höchstspannungs-Überlandleitungen für die Windenergie gelegt werden und man macht ihr Angst vor den Kosten der Solarenergie, indem man nur die Kosten, aber keinesfalls den Nutzen zusammenzählt.

Man verschweigt, dass Solarstrom infolge der Massenproduktion bereits billiger ist als der Strom aus den von der Bundesregierung bevorzugten Offshore-Windparks.

Man vergleicht sinnvolle Zukunftsinvestitionen in Solar- und Windenergie mit kurzfristigen KONSUM-Kosten bei der Verbrennung von Kohle und Erdöl. Und man berücksichtigt die Umweltschäden nicht. Den unvermeidlich bevorstehenden Preisanstieg wegen Verknappung von Kohle, Erdöl und Erdgas verschweigt man.

Die Gewinnmitnahmen der konventionellen Stromversorger lässt man unerwähnt. Man wälzt die Bezahlung der neuen Anlagen von den Stromgroßverbrauchern auf die privaten Endkunden ab. Man schiebt die Verantwortung für den Strompreisanstieg den Erneuerbaren Energien in die Schuhe und begründet die Ablehnung der Erneuerbaren mit der Sorge um die sozial benachteiligten Stromkunden, deren soziales Abgleiten ansonsten aber gleichgültig hingenommen wird. Die Berechnungen stimmen vorne und hinten nicht, aber sie werden von den Medien gerne aufgegriffen, denn sie machen Angst“.

Die Beschleunigung der dezentralen Energiewende spart Kosten und ist der wirtschaftlich vernünftigste Weg !

Die Europäische Vereinigung für Erneuerbare Energien schreibt über die Energiekosten folgendes:

„Nicht die Energiewende, sondern das konventionelle Energiesystem mit der Abhängigkeit von fossil-atomaren Importenergeträgern ist das wirtschaftliche und soziale Problem des 21. Jahrhunderts.“

Die Kosten für Energieimporte wachsen beständig und belasten die deutsche Volkswirtschaft. Im Jahr 2005 mussten die deutschen Energieverbraucher noch 60 Milliarden Euro für Energieimporte ausgeben, heute sind es bereits 80 Milliarden Euro (das entspricht 3,5 % des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland).

Von 1970 bis 2012 ist das konventionelle Energiesystem mit insgesamt

rund 611 Milliarden Euro subventioniert worden.

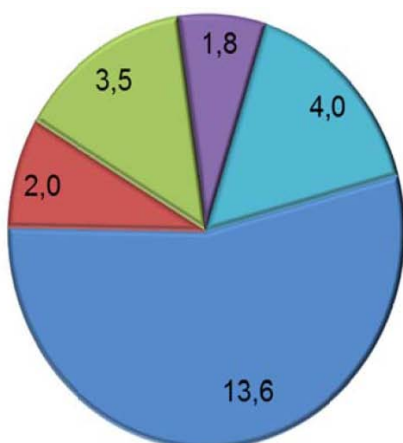
Würde man – wie beim transparenten EEG – alle Subventionen für das konventionelle Energiesystem dem Strompreis zurechnen, würde dieser 10 Cent/kWh teurer werden. Zum Vergleich: Die EEG-Umlage beträgt derzeit rund 5,3 Cent/kWh.

Würden alle Subventionen für das fossil-atomare Energiesystem abgeschafft, wären die Erneuerbaren Energien auch ohne das EEG schon heute wettbewerbsfähig.

All dies zeigt: Kostentreiber ist nicht das EEG, sondern das konventionelle Energiesystem.“

Die Bundesregierung verteuert den Strom durch die Förderung der teuren Windanlagen im Meer. Die geplanten Windparks der Energieriesen sollen mit zunächst 19 Cent je Kwh gefördert werden. Die dezentrale Solarenergie benötigt derzeit 12 bis 17 Cent Einspeisevergütung, Tendenz fallend. Die Konzerne werden von den Anschlusskosten und von den Kosten für riesige Stromleitungen quer durch das Land befreit. Das treibt die Kosten für die Energiewende hoch. Statt regional auf die Solar und Windkrafttechnologie zu setzen werden den Stromkonzernen Milliarden zugestanden für zentrale teure Projekte gemacht.

So setzte sich der Strompreis 2011 zusammen!



Preisanteile in ct/kWh

- Erzeugung, Transport, Vertrieb
- Stromsteuer
- EEG-Umlage
- Konzessionsabgabe
- MwSt

Die wesentlichen Ursachen, die zur Erhöhung der EEG Umlage führen, sind:

Besondere Ausgleichsregelung = 27 %

Kernumlage = 24 %

Rückgang des Strompreises = 23 %

Einm. Nachholeffekt = 21 %

Die Werte geben jeweils den Anteil an der Steigerung der EEG-Umlage wieder.

Den größten Anteil an der Erhöhung der EEG-Umlage hat die sogenannte besondere Ausgleichsregelung (BesAR). Mit ihr soll die internationale und intermodale Wettbewerbsfähigkeit stromintensiver Unternehmen auf Antrag durch eine Reduzierung der zu zahlenden EEG-Umlage gewahrt bleiben. Der Gesetzgeber hat diese Regelung erweitert.

Der Strompreis sinkt insbesondere durch die Einspeisung des Photovoltaikstromes. In der Mittagszeit fallen die Strompreise, dies erhöht die EEG-Umlage. Für die Stromanbieter bedeutet das eine Verbilligung des Stromes der an die Kunden weitergegeben werden sollte. Statt dies zu tun, haben die Stromanbieter im letzten Jahr riesige Gewinne eingefahren und die Preise erhöht..

In Fulda hat die ÜWAG im letzten Jahr ihre Dividende auf über 16 Millionen Euro verdoppelt.

Nur ein Viertel der Erhöhung der EEG-Umlage ist für die Vergütung der Erneuerbaren Energie zurückzuführen.

Landkreis Fulda verzögert den barrierefreien Umbau der Schulen!

Linke fordert Kreis zum Handeln auf!

Die LINKE.Offene Liste hat auf der Oktobersitzung 2012 des Kreistages gefordert, dass der am 13. Juli 2011 gestellte Antrag der LINKEN.Offenen Liste zur Umsetzung des neuen hessischen Schulgesetzes im Zusammenhang mit den Anforderungen zur Inklusion ist spätestens im Jahr 2012 im Kreisausschuss und im Sozialausschuss zu behandeln.

Begründung:

Der genannte Antrag wurde in der Kreistagssitzung am 12.09.2011 zunächst an den Kreisausschuss und danach in den Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit zur weiteren Behandlung verwiesen. Mit der Verabschiedung des neuen Schulgesetzes wurde im Hinblick auf die UN-Behindertenrechtskonvention ein Anspruch auf die Beantragung eines gemeinsamen Unterrichts von behinderten und nicht behinderten Kindern verwirklicht.

Ob dem Wunsch nach gemeinsamem Unterricht mit nichtbehinderten Kindern (Inklusion) dann entsprochen wird, hängt aber von einer Entschei-

dung der Schulleitung und des Staatlichen Schulamts ab. Maßgeblich ist, ob an der Schule die räumlichen, sächlichen und personellen Möglichkeiten zur sonderpädagogischen Förderung der behinderten Kinder vorhanden sind.

Insbesondere für die räumlichen Voraussetzungen ist der Landkreis zuständig. Mit dem damaligen Antrag sollte sichergestellt werden, dass rechtzeitig vor den Haushaltsberatungen für das Jahr 2012 Entscheidungen getroffen werden können. Durch eine baldige Beratung könnten ggf. noch entsprechende Maßnahmen bei den Haushaltsberatungen 2013 berücksichtigt werden.

Der Kreistag hat den Antrag einstimmig an den Kreisausschuss weitergeleitet.



Impressum:

DIE LINKE.Offene Liste

Bettina Licht
An der Röthe 16
36145 Hofbieber

kontakt@die-linke-fulda.de

www.linke-kreis-fulda.de

Ihre Abgeordneten im Fuldaer Kreistag:

Michael Wahl Pia Hainer



Kreistag einstimmig gegen Aufmarsch der Rechtsradikalen!

Einstimmig hat der Fuldaer Kreistag sich hinter die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Hünfeld und des Kreises, zu ihrem friedlichen Protest gegen den Aufmarsch von Rechtsradikalen, gestellt.

Am 10.11.2012 planen Rechtsextreme einen Fackellauf durch Hünfeld.

„In der Reichsprognomnacht entlud sich die nationalsozialistische Ideologie in rasender Gewalt gegen jüdische Bürgerinnen und Bürger und ihre Besitztümer. Wir sind empört, dass die geistigen Nachfahren der Täter von damals ausgerechnet am Jahrestag dieser Nacht ihre dumpfen Parolen verbreiten wollen. Die Synagoge in Hünfeld wurde in den frühen Morgenstunden des 10. November 1938 niedergebrannt. Gegen die symbolische Nähe, die durch den geplanten Fackelmarsch zu diesem Verbrechen hergestellt werden soll, verwahren wir uns mit Nachdruck. Im Landkreis Fulda mit all seinen Städten und Gemeinden hat menschenverachtendes Gedankengut keinen Platz.“

